

Es gilt das gesprochene Wort

Landtag Mecklenburg-Vorpommern  
Fraktion der Linkspartei.PDS

08./09./10. März 2006

**MdL Peter Ritter**

**Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung  
„Konversion in Mecklenburg-Vorpommern“ (DS 4/1486; 4/2039;4/2138)**

Frau Präsident,  
meine Damen und Herren,

Konversion in Mecklenburg-Vorpommern - keine unendliche, aber eine Erfolgsgeschichte! Wurden 2001- im Zusammenhang mit den ersten Ankündigungen der so genannten Bundeswehrstrukturreform - Forderungen meiner Fraktion nach einem umfassenden Konversionsprogramm noch als unnötig und unsinnig betrachtet, kann man aus den heute zur Debatte stehenden Drucksachen lesen, dass Konversion als :

- Chance einer nachhaltigen Entwicklung
- Wirksames Mittel einer aktiven Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik und
- Hilfreiches Instrument einer modernen Stadtumbaupolitik

begriffen wird.

Und es ist keine Untertreibung wenn ich behaupte, dass die Fraktion der Linkspartei daran den entscheidenden Anteil hat.

Aber - und ich wiederhole mich:

Wir sind erst am Anfang eines komplizierten Wegs.

Die derzeit 32 von Konversion betroffenen Kommunen im Land brauchen weiter eine umfassende Förderung und Unterstützung.

Die kürzlich abgeschlossene Konversionspartnerschaft zwischen dem Land, den Kommunen, der Bundeswehr und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben ist dafür eine gute Grundlage.

Der Bund, als Verursacher der vielfältigen Probleme, sollte sich daran endlich ein Beispiel nehmen.

Denn trotz aller erkennbaren Fortschritte, zurückzuführen auch auf den permanenten Druck der Landesregierung, ist ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zur Übernahme der Verantwortung und umfassender Hilfe immer noch nicht erfolgt.

Die militärstrategischen und finanzpolitischen Weichenstellungen der großen Koalition weisen weiter in die falsche Richtung.

So bleiben dem Land und den Konversionskommunen keine anderen Möglichkeiten, als mit den eigenen Mitteln und Ressourcen nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Die dabei gesammelten Erfahrungen finden mittlerweile bundes- und europaweit Anerkennung und könnten sich zu einem wahren Exportschlager entwickeln.

An Hand einiger Beispiele aus der Reuterstadt-Stavenhagen möchte ich das verdeutlichen.

Aus eigenem Antrieb heraus - ja aus dem Antrieb als Kommune zu überleben- hat sich Stavenhagen am „Europäischen Netzwerk für Konversion – CONVERNET“ beteiligt.

Im Ergebnis dieser Arbeit wurde ein „Internationales Handbuch für Konversion im Ostseeraum“ erarbeitet. Zurzeit wird ein „Konversionsreport im Ostseeraum“ erarbeitet.

Beide Dokumente werden in diesem Jahr in Brüssel vorgestellt und sollen helfen, in der EU die Bereitschaft zu entwickeln Konversion stärker als bisher zu fördern.

Diesen Prozess gilt es durch die Landesregierung, auch unter Einbeziehung der Europa-Abgeordneten aus Mecklenburg-Vorpommern, noch stärker zu unterstützen.

Allein durch die Beteiligung Stavenhagens an diesem aus INTERREG-III-B geförderten Projekt konnten 45.000 € Fördermittel in das Land geholt werden.

Stavenhagen konnte auf diese Art bei internationalen Investoren bekannt gemacht werden.

Das in Stavenhagen entwickelte Modell der „Gleitenden Konversion“ konnte so der internationalen Nachnutzung empfohlen werden.

Angesichts der Erweiterung der Europäischen Union und der damit hinzukommenden Probleme der Konversion in den osteuropäischen Staaten, sind wir aufgefordert, jetzt zu reagieren.

Ohne die Wiederauflage von europäischen Förderinstrumenten zur Konversion und ohne Berücksichtigung unserer Probleme dabei geraten die Konversionskommunen in unserem Land in ein schwieriges Fahrwasser.

Denn die Herausforderungen sind durch die Kommunen alleine nicht leistbar.

Vorstellungen etwa, dass nach frei werden der Liegenschaft, potenzielle Investoren sofort einziehen könnten, gehen an der Realität vorbei.

Zunächst sind neue B-Pläne zu erstellen.

Straßenum- und ausbau ist erforderlich.

Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung sind umzustellen, die Energieversorgung neu zu regeln.

Parallel dazu sind:

- Grundstücksüberlassungsverträge zwischen der Bundesanstalt und der Kommune
- Mitnutzungsverträge zwischen Bundeswehr und Kommune zur öffentlichen Mitbenutzung von Bundeswehrstraßen
- Erschließungsverträge mit Versorgern zur Erstellung, Übernahme und Betrieb der erneuerten Anlagen

zu verhandeln und abzuschließen.

Das alles setzt eine durchdachte Machbarkeitsstudie voraus.

In vielen Fällen ist die Stadt in Vorleistung gegangen.

Andere Kommunen können sich das so nicht leisten.

Ohne professionelles Konversionsmanagement aber sind die Kommunen überfordert.

Deshalb war und ist wichtig, dass das Land z.B. ein solches Konversionsmanagement in Stavenhagen fördert, die Machbarkeitsstudie unterstützte und Fördermittel für eben genannte Aufgaben zur Verfügung stellte.

Dabei muss zügig gehandelt werden.

Deshalb ist die „Gleitende Konversion“ wichtig.

So sind schon jetzt 8,5 ha der Lützow-Kaserne in Basepohl und ca. 30 ha des Standortübungsplatzes vermarktbar.

Andere Flächen in der Kaserne „Mecklenburgische Schweiz“ werden zeitgleich noch von der Bundeswehr genutzt.

Kontinuität ist hier also gefragt. Jedes, auch kurzfristige, Unterbrechen von Förderstrategien z.B. im Konversionsmanagement, wie in Stavenhagen erlebt, schadet einer zügigen Vermarktung und führt zu viel höheren finanziellen Aufwendungen in der Zukunft.

Zwingend notwendig ist daher eine angemessene Ausstattung der Standortkonversionsrichtlinie des Landes, um den jetzt absehbaren Konversionsprozess bis 2012 kontinuierlich fortführen zu können.

Nur kurz erwähnen, weil an anderer Stelle schon dargestellt, will ich auf die Problematik des Stadtumbaus.

Wenn eine Kommune wie Stavenhagen, seit Beginn der 90 er Jahre mit einem erheblichen Stellenabbau im militärischen Bereich und zusätzlich den „normalen“ demografischen Entwicklungen zu kämpfen hat, bleiben Wirkungen auf die städtische Infrastruktur nicht aus.

Die Kommunalpolitik hat auch hier rechtzeitig mit einem Stadtumbauprogramm reagiert.

Auch hier wurde und wird die Unterstützung des Landes, besonders des Bauministeriums gern in Anspruch genommen.

Fördermittel des Landes für den Bau einer modernen Sporthalle, eines neuen Freibades oder für den Rückbau von Wohnblöcken haben geholfen, die Stadt attraktiv zu machen.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
da der Wirtschaftsausschuss richtiger Weise empfiehlt, das die Landesregierung den Landtag weiter in regelmäßigen Abständen unterrichtet, möchte ich zum Abschluss auf eine weitere Möglichkeit der Nachnutzung der ehemaligen militärischen Liegenschaften hinweisen.

Die ehemaligen Kasernen sollten stärker als bisher, als Standorte der Aus- und Weiterbildung genutzt werden.

Wer die Kasernen, ihre Ausbildungsgebäude und Wohnheime kennt, weiß, dass die Bausubstanz in einem sehr guten Zustand ist und entsprechende Infrastruktur vorhanden ist.

Im Weiterbildungsbereich für die Wirtschaft oder im Forschungsbereich für die Universitäten und Fachhochschulen des Landes könnten sich hier Synergieeffekte ergeben.

Am Standort Wolfhagen in Hessen gibt es diesbezüglich erste Erfahrungen, die man sich anschauen sollte.

Ein Fahrsicherheitsübungszentrum des Landes für die Polizei, die Feuerwehr oder das THW ist ebenso denkbar, entsprechende Vorschläge der Kreisverkehrswacht Demmin liegen seit langer Zeit vor.

Aber auch als Trainings- und Schulungszentren zur Katastrophen- oder Seuchenabwehr sind ehemalige Kasernen denkbar.

Nur muss weiter zügig gehandelt werden, sonst besteht die Gefahr, dass sich die ehemaligen militärischen Liegenschaften nur noch als Filmkulisse für Geisterstädte eignen.